

INTERGLOBAL

SÜDAFRIKA

Der Shikota-Express fährt ab

Franziska Müller

Seit fast anderthalb Jahrzehnten regiert der ANC unangefochten Südafrika. Doch nun sind zahlreiche Mitglieder ausgetreten und haben eine neue Partei gegründet.

„Ich erkannte, dass der ANC, dem ich 1983 beitrete, verschlissen ist“, begründete die Parlamentsabgeordnete Mame Ramotšamaai ihren Austritt. Sephato Handi, ANC-Sekretär in der Provinz Eastern Cape, beklagte den „internen Druck“. Wie bereits zuvor viele andere prominente Mitglieder und Funktionäre der Regierungspartei verließen beide in der vergangenen Woche den ANC, um sich dem Congress of the People (Cope) anzuschließen. Die neue Partei hat bereits zahlreiche Anhänger und beunruhigt die ANC-Führung, obwohl sie formal erst am 16. Dezember gegründet werden wird.

Großer Andrang herrschte bereits am ersten Novemberwochenende bei der National Convention, als über die Agenda für den Cope diskutiert wurde. Bus um Bus hielt vor dem Konferenzzentrum in Sandton, einem Stadtteil im Norden Johannesburgs. Hupende Minibusse rollten an, Taxis,

deren Windschutzscheiben mit Paketband geflickt waren, daneben noble Karossen, Fußgänger, Fahrradfahrer. Mehr als 6.000 Delegierte waren aus allen Provinzen Südafrikas angereist, um sich dem „Shikota Express“ anzuschließen, der Parteigründungsinitiative des ehemaligen Verteidigungsministers Mosiua Lekota und Mbhazima Shilowas, des ehemaligen Premierministers der Provinz Gauteng. Viele von ihnen mussten stundenlang anstehen, bevor sie als Delegierte registriert wurden.

Der ANC steckt in der tiefsten Krise seiner fast 100-jährigen Geschichte.

Auch die Vertreter liberaler und sozialdemokratischer Oppositionsparteien wie der Democratic Alliance waren gekommen, um ihre Unterstützung für die neue Partei zu zeigen. Dem African National Congress, traditionsreiche Befreiungsbewegung und seit 1994 Regierungspartei Südafrikas, steht nun eine schwierige Zeit bevor. Die neue Partei stellt sich als demo-

kratische Alternative zum ANC dar. „Es besteht die große Gefahr, dass das Land wegen des selbstsüchtigen Missbrauchs der Macht in eine Regierung im Stil der Apartheid zurückfällt“, sagte Lekota.

Am selben Wochenende fuhr der ANC-Vorsitzende und Präsidentschaftskandidat Jacob Zuma auf einem bakkie, einem massigen Pick-up, durch die Straßen Sowetos und sprach im Jabulani-Stadion vor 13.000 Anhängern - allerdings weitgehend in Zulu, einer der elf Sprachen Südafrikas, die aber nur von 24 Prozent der Bevölkerung gesprochen wird. Thema seiner Rede waren die „bread and butter issues“: Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit.

Der ANC steckt in der tiefsten Krise seiner fast 100-jährigen Geschichte. Die Gründe für die Spaltung liegen nicht nur in politischen Flügelkämpfen. Auch die Unzufriedenheit mit dem Wahlsystem, mit 15 Jahren faktischer Einparteiherrschaft und der Bedeutungslosigkeit der Opposition im Parlament machen sich bemerkbar. In den vergangenen Jahren haben viele Wahlberechtigte darauf verzichtet, sich registrieren zu lassen, denn

bei einer Zweidrittelmehrheit des ANC im Parlament und Mehrheiten von 80 Prozent in einigen der neun Provinzen sind die Machtverhältnisse allzu klar. Überdies können die Wähler nicht für einzelne Kandidaten stimmen, sondern nur für Parteilisten, die nach einem Proporzsystem erstellt werden.

In den vergangenen Monaten hat sich die Situation zugespitzt. Am 20. September forderte das National Executive Committee des ANC den südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki zum Rücktritt auf, um den Weg für dessen Rivalen Jacob Zuma freizumachen. Im ANC führte dieser Alleingang zu lauten Protesten. Mehrere Minister der Zentralregierung und Premierminister südafrikanischer Provinzen reichten ihren Rücktritt ein. Dem Interimspräsidenten Kgalema Motlanthe fiel die Aufgabe zu, Kompromisse zwischen den Fraktionen des ANC zu suchen.

Doch die Spannungen haben sich seitdem verschärft. Die Kommunistische Partei (SACP) ist Teil des ANC und versucht seit dem Rücktritt Mbekis, ihren Einfluss zu vergrößern. Durch den Beschluss des ANC, nach den Wahlen im Frühjahr 2009 zu-

Für ihn ist der Zug vielleicht bald abgefahren: Jacob Zuma ist ANC-Vorsitzender und Präsidentschaftskandidat seiner Partei.



FOTO: ALBERT BREDEHANN/FLICKR

sätzlich zum Kabinett einen Staatsrat einzuführen, der die Machtkonzentration bei der Exekutive und die Bedeutung des National Executive Committee weiter vergrößern würde, ist ihr dies gelungen. Unterstützung findet sie beim Gewerkschaftsdachverband Cosatu.

Zumas politische Strategien lassen allerdings die Frage aufkommen, ob er tatsächlich wirksam Armut bekämpfen wird oder lediglich mit populistischen Versprechen Wähler gewinnen möchte. Denn Zuma geht es weniger um eine redistributive Sozialpolitik als um Strategien sozialer Befriedung. Devan Pillay, Professor an der Universität Witwatersrand in Johannesburg, kritisiert in der linken Zeitschrift *Amandla Magazine*, dass Zumas Sozialpolitik den Interessen privilegierter Mittelschichten diene, die Situation der informell Beschäftigten und illegalisierten Migranten jedoch ignoriere. Auch die Privatisierung grundlegender Dienstleistungen wie Wasser- und Stromversorgung spreche Zuma nicht an.

Mit seinem markigen Auftreten kann Zuma zwar kurzfristig Sympathie unter vielen Anhängern gewin-

nen, auf lange Sicht dürfte eine solche Strategie jedoch keinen Wahlerfolg bringen. In Südafrika gibt es mehr und mehr Wechselwähler, sodass sich der ANC nicht wie in früheren Zeiten auf eine solide Basis verlassen kann. Zudem werden bei der nächsten Wahl mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten jünger als 35 Jahre sein. Sie können sich nicht mehr mit den kämpferischen Parolen der Achtzigerjahre, dem Mythos einer Befreiungsbewegung, der lange Zeit für die ANC-Anhänger identitätsstiftend war, und den traditionellen Strukturen der Partei identifizieren.

Zudem muss sich der ANC derzeit mit einer Serie von Korruptionsfällen auseinandersetzen. So berichtet die Regionalzeitung *City Press*, dass in den Provinzen Limpopo, Western Cape und Free State nicht die Gouverneure, sondern die jeweiligen Landesgremien des ANC das Sagen hätten, wenn es um öffentliche Aufträge und Stellenbesetzungen gehe. Mittlerweile zeichnet sich auch auf regionaler Ebene in sieben der neun Provinzen eine Spaltung des ANC ab. Im Northern und Western Cape wurden in den vergangenen Wochen Tausende ANC-

Parteibücher öffentlich abgegeben. Nur in den Provinzen KwaZulu-Natal und Mpumalanga hat Zuma weiterhin eine sichere Basis.

Die Anziehungskraft des Projekts von Lekota und Shilowa scheint groß, vor allem kann der Cope wohl von dem wachsenden Unmut über die autoritäre Politik des ANC profitieren. Die neue Partei will die demokratischen Institutionen stärken, dem derzeit marginalisierten Parlament soll mehr Einfluss verschafft, Abgeordnete und der Präsident sollen direkt gewählt werden. Während Zuma tribalistische Ressentiments schürt und beispielsweise im Wahlkampf T-Shirts mit dem Aufdruck „100% Zulu-boy“ verteilen lässt, propagiert der Cope ein „post-racial South Africa“. Die Deklaration der neuen Partei hebt die Ziele der „Freedom Charter“ von 1955 hervor, Gleichheit, soziale Kohäsion sowie demokratische Partizipation, wirtschaftspolitisch vollzieht sie eine Abkehr vom traditionellen Marxismus des ANC, der allerdings in der Regierungspolitik nie eine Rolle spielte.

Ob die vermutlich sozialdemokratische Programmatik des Cope bessere

Perspektiven zur Armutsbekämpfung bietet, ist fraglich. Immerhin könnte die neue Partei dazu beitragen, bei den Wahlen im kommenden Jahr dem übermächtigen ANC den Alleinvertragsanspruch für die „Rainbow Nation“ streitig zu machen.

Franziska Müller berichtet aus Johannesburg.

Nächste Woche:

Aus für Multikulti

Ende Dezember schaltet der „Rundfunk Berlin-Brandenburg“ das mehrsprachige „Radio Multikulti“ ab, um Geld zu sparen. Das Hörfunkangebot in der deutschen Hauptstadt wird dadurch deutlich monotoner. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland entfernt sich immer mehr von seinem kulturellen Auftrag.